Teilnehmen – Beteiligen – Mitbestimmen

Herausforderungen für die politische Jugendbildung

Dokumentation zum Fachtag

15.11.2016 Berlin

Landes Jugendring Berlin

Berliner Landeszentrale für politische Bildung | be Berlin

Veranstaltet von den Jugendbildungsstätten des Landes Berlin, zusammengeschlossen im Landesjugendring Berlin e.V.
In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung

Inhalt

Die Veranstalter 3

Einleitende Worte 4
Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Input „Jugendliche haben ein Recht auf politische Teilhabe“ 6
Prof. Dr. Beatrice Hungerland, Institut für angewandte Humanwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Teilnehmen – Beteiligen – Mitbestimmen // Stimmen aus der Praxis 12

Gelingende Partizipation in der Schule – Herausforderungen und Handlungsbereiche 14
(Bildungsstätte der Sportjugend Berlin und JBS Haus Kreisau)

Teilhabe junger Geflüchteter 16
(JBS Kaubstraße, ver.di Jugendbildungsstätte Konradshöhe und Helmut Gollwitzer-Haus, Bildungsstätte der Evangelischen Jugend)

Gute Parti – schlechte Parti(zipation) 18
(Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein)

Jugendbeteiligung – ein Erfolgsrezept für mehr Mitsprachen 20
(Stiftung wannseeFORUM und DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin)

Input „Jugendbeteiligung braucht schulische politische Bildung“ 22
Prof. Dr. Sabine Achour, Otto Suhr Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin

Beteiligte 25

Impressum 26

Die Veranstalter

Der Fachtag wird veranstaltet von den Jugendbildungsstätten des Landes Berlin. Als Orte der außerschulischen Jugendbildung stehen sie mit ihren Ressourcen und ihrem Know-How auch für Kooperationen zu Verfügung. Der Aufenthalt in einer Jugendbildungsstätte schafft Abstand zum Alltag und neue Partizipationschancen. Es entsteht ein Raum, in dem Handlungsoptionen erprobt und Möglichkeiten wie Grenzen des eigenen Handelns ausgelotet werden können. Durch die Konfrontation mit anderen Lebensentwürfen und ungewöhnlichen Sichtweisen erweitern die jungen Menschen ihren Horizont und hinterfragen eigene Positionen.

Landesjugendring Berlin e. V.
www.ljrberlin.de

In Kooperation mit

Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
www.berlin.de/lzpb

Berliner Landeszentrale für politische Bildung | be Berlin

gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft | be Berlin

Bildungsstätte der Sportjugend Berlin
www.sportjugend-berlin.de

ver.di Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe
www.verdi-bildungsstaette.de

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungsstätte Haus Kreisau
www.hauskreisau.de

DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
www.dgbjugendbildungsstaette.de

Jugendbildungsstätte Helmut-Gollwitzer-Haus
http://akd-ekbo.de/jugendarbeit/wuensdorf/

Stiftung wannseeFORUM
www.wannseeforum.de

Jugendbildungsstätte Kaubstraße
www.kaubstrasse.de

Einleitende Worte

Thomas Gill, Leiter der Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich heiße Sie in den Räumen der Berliner Landeszentrale für politische Bildung herzlich willkommen.

Wir freuen uns über Ihr Interesse und den großen Zuspruch, die unsere Veranstaltung gefunden hat. Freuen Sie sich mit uns über die Vielfalt der Perspektiven, die das große Auditorium bedeutet.

Ich vermute, Sie wollen die Floskel, dass Berlin im Wandel ist, auch zunehmend weniger hören. Und trotzdem ist es wahr. Zuzug, Modernisierungsprozesse, soziale Spaltung, Erstarkung des Rechtspopulismus, aber auch die Forderung nach mehr Partizipation bringen unsere gewohnten Verhältnisse in Bewegung. Die politische Bildung ist herausgefordert, darauf zu reagieren.

Die Sozialwissenschaften tun sich nach wie vor sehr schwer, das Phänomen des Rechtspopulismus zu fassen, was auch daran liegt, dass die Konstituierungsprozesse nicht abgeschlossen sind. Wichtig ist, festzuhalten, dass es sich keinesfalls nur um ein deutsches oder europäisches Problem handelt. Dies macht deutlich, dass die Ursachen nicht nur in unseren politischen Verhältnissen gesucht werden dürfen.

Drei Kennzeichen des Rechtspopulismus scheinen mir aus der Sicht der politischen Bildung zentral:

1.

Es handelt sich um Populismus von Rechts, um vereinfachende Lösungsangebote – oder eher Parolen – für komplexe gesellschaftliche Problemlagen, zugleich verbunden mit Tabu-Brüchen mit dem Ziel, eine Verschiebung des Sagbaren zu erreichen. Ob dem tatsächlich auch Handlungen folgen würden, hätte man die Macht dazu – ich erinnere nur an die Aussage zu Schüssen auf Geflüchtete an den Grenzen – muss zum heutigen Zeitpunkt offen bleiben. Zumindest müssen wir uns darauf einstellen, dass Rechtspopulisten keinen Dialog wollen sondern eine Bühne, und dass komplexe Argumentationsgänge in Zeiten des Postfaktischen und der Referenzräume (vor allem im Internet) schwierig sind.

2.

Das seit dem Jahr 2000 beforschte Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hat seinen politischen Ausdruck gefunden. Einstellungen, die Ausgrenzung, Diskriminierung und die Verweigerung der elementaren Menschenrechte auf Anerkennung der Würde und auf das Recht auf Teilhabe befürworten, sind nicht neu. Neu ist, dass sich der Fokus gegen Menschen muslimischen Glaubens – oder die dazu gemacht werden – richtet.

3.

Die vielleicht größte und auch neue Herausforderung der politischen Bildung durch den Rechtspopulismus ist ein identitäres, antiplurales Demokratieverständnis: „Wir – und nur wir – sind das Volk bzw. verkörpern den wahren Volkswillen". „Alle anderen sind

nicht legitimiert, insbesondere nicht die jetzigen – „falschen" – Eliten, die vermeintlich nur noch ihre Eigeninteressen vertreten." Diese Einstellung verbindet sich mit der Erwartung, dass der Wahlzettel ein Bestellzettel ist. Meine Interessen sind unmittelbar umzusetzen – jetzt und unverzüglich. Schließlich haben wir doch unseren Willen öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Argumentationstrainings gegen Parolen sind entwickelt und Podien zur Stimmungs- und Meinungsmache muss man Populisten nicht bieten. Antirassistische, Diversity- und intersektionale Konzepte werden schon seit längerem umgesetzt. Wie aber gehen wir als politische Bildung mit antipluralen Haltungen und Einstellungen um?

Ich lese diese Artikulationen auch als die andere Seite der Forderung nach mehr Demokratie und politischer Teilhabe. Beide reagieren auf Verschiebungen bzw. einen Wandel des Politischen. Nationalstaatliche Politik wird von zwei Seiten in ihrer Handlungsmacht begrenzt. Wenn man so will von unten und oben. Von oben durch die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen – im Fall von Deutschland vor allem auf die europäische Ebene. Von unten durch die Ausweitung partizipativ-demokratischer Elemente in Richtung zivilgesellschaftlicher Akteure.

Welche Folgen es für die politische Bildung hat, dass sich ihr Gegenstand, das Politische verändert, ist hier und heute nicht Thema.

Meine These ist, dass vielleicht die Ausweitung partizipativer Elemente der Demokratie der richtige Weg sein könnte, problematischen Demokratievorstellungen etwas entgegenzusetzen. Zumindest sprechen hierfür die historische Erfahrung und aktuelle Untersuchungen. Wer demokratische Alltagsgestaltung erfahren hat, weiß nicht nur die positiven Effekte für die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu schätzen sondern hat sich in aller Regel auch demokratische Handlungskompetenz angeeignet, die ihn oder sie befähigen, auch demokratische Aushandlungsprozesse, den Konflikt der Interessen und das Ringen um die beste Lösung auszuhalten und unter Anerkennung der Gleichheit der politischen Subjekte auch zu gestalten. Das heißt, man kann die Artikulation „Wir sind das Volk" auch als gekränkten Beteiligungswillen interpretieren, der den Weg in die komplizierten Bahnen der parlamentarischen Demokratie verfehlt hat.

Diese Beteiligungsverfahren zu etablieren, ist Politik, nicht Pädagogik. Aufgabe der politischen Bildung ist es dann, Menschen zu begleiten und zu unterstützen, diese Beteiligungsmöglichkeiten auch zu nutzen, um die Erfahrung der demokratischen Selbstwirksamkeit machen zu können.

Demokratiedistanz ist kein Problem der jungen Generation. Diese erweist sich in Umfragen deutlich weniger ansprechbar für rechtspopulistische Parolen und Politikverständnisse. Es besteht die begründete Hoffnung, dass die demokratische Selbstwirksamkeitserfahrung in jungen Jahren eine ganz zentrale persönliche Ressource ist, um auch künftig gegen anti-demokratische Argumentationen und vereinfachende Parolen immun zu sein. Deshalb ist das Thema, das wir heute hier miteinander verhandeln für das Zusammenleben in Berlin und für die Berliner Politik so bedeutsam.

Dementsprechend wünsche ich uns allen spannende Diskussionen und Erkenntnisgewinne und danke Ihnen für Ihr Interesse.

Input „Jugendliche haben ein Recht auf politische Teilhabe“

Prof. Dr. Beatrice Hungerland, Institut für angewandte Humanwissenschaft
an der Hochschule Magdeburg-Stendal

Dieser Fachtag steht unter dem Motto: Teilnehmen – Beteiligen – Mitbestimmen. Herausforderungen für die politische Jugendbildung. Ich habe mich gefragt: Wieso Herausforderungen? Wieso ist es nicht (längst) selbstverständlich, dass Kinder und Jugendliche teilnehmen, sich beteiligen, mitbestimmen? Wieso sind die Rechte, die Kindern und Jugendlichen die Teilhabe, insbesondere die politische Teilhabe ermöglichen (sollen) noch nicht überall bekannt? Wieso ist es offenbar problematisch, diese Rechte umzusetzen? Und woran können wir uns orientieren, wenn wir es angehen wollen Kinder und Jugendliche zu beteiligen?

Wenn wir die Frage nach politischer Beteiligung von Jugendlichen problematisieren, könnten wir entweder davon ausgehen, dass es an den Kindern und Jugendlichen selbst liegt, dass sie sich nicht beteiligen können oder wollen. Dass sie zu jung und noch nicht weit genug entwickelt seien, um wichtige Entscheidungen bzgl. ihrer Person oder gar des Gemeinwesens zu fällen oder mitzutragen und deshalb Unterstützung brauchen. Oder aber, dass es gesellschaftliche Gründe dafür gibt, dass (politische) Kinder- und Jugendbeteiligung ein relatives Neuland darstellt, dessen Betreten mit vielerlei Unsicherheiten und Unwägbarkeiten – auf beiden Seiten, also der Erwachsenen wie der Heranwachsenden – verbunden ist.

In den Kindheitswissenschaften wird davon ausgegangen, dass Letzteres der Fall ist. In den letzten 500 Jahren hat sich Kindheit und Jugend (als verlängerte Kindheit) als ein Lebens-Raum institutionalisiert, der als Moratorium begriffen werden kann, also ein (sozialer wie materieller) Schutzraum. Dieser sollte dafür sorgen, dass jungen Menschen die Möglichkeit geboten wird, sich zu entwickeln, ungestört zu lernen und zu spielen. Diese Entwicklung aber ging damit einher, dass Kinder aus öffentlichen Räumen in eigens für sie geschaffene Räume (Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen, Spielplätze, Kinderzimmer…) gedrängt wurden. Und dass diese von Erwachsenen gestaltet und bestimmt werden.

Kindheit und Jugend wird deutlich unterschieden von (einem nicht näher spezifizierten) Erwachsenalter, das als Maßstab und Zielpunkt ihrer Entwicklung definiert ist. In der Konsequenz werden Kinder und Jugendliche häufig wahrgenommen als „Werdende“ und nicht als „Seiende“. Damit ist verbunden, dass Erwachsene stets darauf schauen, was die Jungen alles noch nicht können, welchen Entwicklungsbedarf sie noch hätten – also eine eher defizitäre Wahrnehmung.

Das Alter ist zu einem Strukturmerkmal geworden, das innerhalb der Gesellschaft Kinder und Jugendliche von Erwachsenen abgrenzt. Dabei handelt es sich nicht einfach um eine (konstruierte) Verschiedenheit, sondern um eine Unterscheidung, die mit Machtungleichheiten zwischen den altersdefinierten

Gruppen einhergeht. Anders als Erwachsene verfügen Kinder und Jugendliche über deutlich weniger Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten. Denn jeder Schutz hat auch eine Kehrseite, nämlich den Ausschluss. Wenngleich es unstrittig ist, dass Kinder und Jugendliche in dieser Gesellschaft tatsächlich auch gefährdet sind und besondere Versorgung durch Erwachsene und eigene Schutzräume benötigen, sind ihnen – als „Minderjährige" – doch viele Ressourcen und Mitbestimmungsmöglichkeiten verwehrt. Kinder und Jugendliche stellen insofern eine marginalisierte gesellschaftliche Gruppe dar.
Um in diesem Punkt eine stärkere Gerechtigkeit und die Teilhabechancen zu befördern, wurden in das weltweit für junge Menschen wichtigste juristische Regelwerk, die UN Kinderrechtskonvention (KRK) nicht nur Schutz- und Versorgungsrechte, sondern auch Partizipationsrechte eingeschrieben. Die Bezeichnung Kinderrechtskonvention ist eine Abkürzung für das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Convention on the Rights of the Child, CRC) und stellt ein zentrales internationales Menschenrechts-instrumentarium für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre dar. (Wenn ich im Folgenden von Kindern spreche, meine ich selbstverständlich auch Jugendliche, denn die KRK definiert alle Menschen unter 18 Jahren als Kinder)

Die KRK ist leicht zu finden unter: https://www.kinderrechtskonvention.info/ – und es lohnt sich, einmal einen Blick darauf zu werfen. Alle Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, haben sich verpflichtet, die darin formulierten und erläuterten Rechte national umzusetzen. Im Jahr2005 wurde in Deutschland ein nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention eingesetzt, mit dem Anspruch, ein kindergerechtes Land zu schaffen.
Was aber soll Kindergerechtigkeit sein? Kindergerechtigkeit wird häufig in Anspruch genommen, um das Handeln Erwachsener in einem guten Licht scheinen zu lassen: wer was „für Kinder" tut, kann sich als „Gutmensch" zeigen – Politiker, aber auch Wirtschaft bauen darauf, auch NGOs, Promis,... usw.. Wir konnten dies in einem Forschungsprojekt zum „Wert der Kinder" an der Wuppertaler Universität belegen.

Zu Kindergerechtigkeit gehören aber nicht nur Fürsorge und Schutz, sondern eben alle 3 P – Protection, Provision und Participation. Daher ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in einer Gesellschaft, die beansprucht gerecht zu sein, unverzichtbar. Dies bezieht sich sowohl auf den Bereich politischer wie sozialer Gerechtigkeit. Politische Gerechtigkeit beschreibt den Umgang mit politischer Macht und die Regelung staatlicher Ordnung: Grundlegend ist, dass alle Bürger*innen eines Gemeinwesens in gleichberechtigter Weise auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen und damit Verantwortung übernehmen können. Soziale Gerechtigkeit heißt, den Zugang zu materiellen und geistigen Gütern einer Gesellschaft, z. B. Lebensmittel, Information oder Bildung zu erhalten. Dabei soll bzw. muss für Personen mit geringen Zugangschancen ein Ausgleich geschaffen werden – das betrifft nicht nur Verteilung von Gütern, sondern auch Teilhabe an Ressourcen bzw. die Chancen auf Verwirklichung von Bedürfnissen und Lebensqualität.
Doch beides ist für Kinder und Jugendliche nicht gewährleistet – obwohl sie als Rechtsubjekte anerkannt sind. Kinder und Jugendliche können längst nicht im Gemeinwesen wie Erwachsene teilhaben. Auch lässt sich die soziale Benachteiligung von Kinder und Jugendlichen (gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen) feststellen, wir konstatieren in den letzten Jahren eine zunehmende Kinderarmut. Dabei gibt es zudem innerhalb der Gruppe der Kinder und Jugendlichen große Unterschiede, d.h. es gibt noch weniger Gerechtigkeit für intersektional benachteiligte (also Menschen mit sogenannten Migrationshintergrund, mit anderen Befähigungen, rassistisch markierte, sehr junge Kinder...)

Partizipationsprojekte

Um diese Machtunterschiede auszugleichen, also damit Kinder und Jugendliche als „Noviz_innen" der Gesellschaft eine Chance bekommen, sich zu beteiligen, wurden und werden in Deutschland bereits seit den 1980er Jahren Partizipationsprojekte befördert. Allerdings ist zu bemerken, dass diese in der Regel von Erwachsenen konzipiert und angeleitet werden. Das Abstecken der Rahmenbedingungen von Partizipationskonzepten und -diskursen ist hochnormativ, wenn festgelegt wird, wer beteiligt werden soll, wie weit die (Mit-) Gestaltung und Bestimmung gehen soll, zu welchem Zweck sie dient, ... usw.
„Partizipation bedeutet im Wortsinne, Teil eines größeren Ganzen zu sein" (Liebel 2013 S. 2). Wenn wir im Deutschen von Partizipation sprechen, meinen wir zumeist Teilnahme, Teilhabe oder Beteiligung. Dabei werden die Begriffe vor allem in zweierlei Weise

verwendet: Unter Teilhabe wird die Art und Weise verstanden, in der Menschen Zugang zu den Prozessen, Institutionen, Gütern und Leistungen einer bestimmten Gesellschaft haben. Partizipation, Teilnahme oder Beteiligung bezieht sich auf die Art und Weise, in der Individuen oder soziale Gruppen ihren freien Willen zum Ausdruck bringen, Entscheidungen treffen oder Einfluss auf Entscheidungen nehmen können.

Wenn konkret von Kinder- und Jugendpartizipation gesprochen wird, wird implizit vorausgesetzt, dass für diese Altersgruppe spezifische Bedingungen gelten, die sich von denen Erwachsener unterscheiden, z. B. alters- oder generationsspezifische Interessen, besondere Verletzlichkeit, Schutzbedürftigkeit oder Entwicklungserfordernisse. Das heißt in Bezug auf Teilhabe: Wie ist Generationengerechtigkeit herzustellen? Und bezüglich Teilnahme: wie können Kinder und Jugendliche mitbestimmen und mitentscheiden? In der Praxis bedeutet das häufig, dass Projekte von Erwachsenen „kindgemäß" oder altersangemessen konzipiert werden – oder in dem, was sie dafür halten. Häufig sind direkte Entscheidungsbefugnisse der Kinder und Jugendlichen nicht vorgesehen, sofern sie über den Bereich persönlicher Lebensgestaltung hinausgehen (Liebel 2013 S. 3). Dies aber lässt Kinder und Jugendliche bei wirklichen Entscheidungen außen vor. Vermutlich zeige ich Ihnen nichts Neues, wenn ich auf das Partizipationsmodell von Wright et al (2010) verweise.

Abb.1 Stufen der Partizipation

Leider zeigt sich als Problem vieler Partizipationsvorhaben, dass sie TOP-Down von Erwachsenen konzipiert werden – und eben nicht wirkliche Teilhabe oder Teilnahme darstellen. So muss konstatiert werden, dass die Inhalte von Partizipationsprojekten häufig nicht in Bezug zu konkreten Lebensumständen und Problemen von Kindern und Jugendlichen stehen. Und nicht immer geht es wirklich um die Interessen von Kindern und Jugendlichen. Häufig werden diese instrumentalisiert, um den Einsatz von Maßnahmen zu legitimieren. In solchen Fällen werden Kinder und Jugendliche als Objekte der Interessen von Erwachsenen gebraucht und nicht als Subjekte ernst genommen.

Studien zeigen, dass es in Deutschland immer mehr Mitwirkungsmöglichkeiten in der Familie gibt. Ansprüche und Wünsche von Kindern werden dort ernst genommen und verhandelt. Aber in der Schule sind diese beschränkt auf Informations- und Beratungsrechte, und auch im Bereich kommunaler Mitbestimmung liegt es noch im Argen. So sind Kinder- und Jugendparlamente meist symbolischer Art und haben wenig Entscheidungsbefugnis und sind gekennzeichnet durch Unsicherheiten auf beiden Seiten (Beispiele Wuppertal, Stendal).

Wenn es nun darum geht, die Situation von Kindern und Jugendlichen bzgl. ihrer Teilhabe, insbesondere politischer Teilhabe zu verbessern und mehr soziale Gerechtigkeit zu realisieren, sollten wir zur Orientierung einen Blick auf die UN-KRK werfen. Die KRK sieht Kinder und Jugendliche als Rechtsträger. Partizipation ist danach ein inhärenter Bestandteil des handelnden Subjekts, die dessen Handlungsraum erweitert. „Dem Verständnis von Partizipation als Recht liegt ein Menschenbild zugrunde, demzufolge jeder Mensch daran interessiert ist und prinzipiell dazu fähig ist, von diesem Recht Gebrauch zu machen" (Liebel 2013, S. 4).

Im GENERAL COMMENT No. 12 (2009) zur KRK (The right of the child to be heard) werden die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen näher erläutert. Die KRK gibt sich deutlich. So sollen die Interessen von Kindern und Jugendlichen vorrangig berücksichtigt werden, wann und wo immer Entscheidungen getroffen werden, die sich auf sie auswirken können. Welche das sind, ist mit Absicht offen gelassen worden, denn dies kann und soll immer wieder neu entschieden und definiert werden – nicht zuletzt von Kindern und Jugendlichen selbst.

Festgelegt ist auch, dass das Recht auf Mitbestimmung alle Aspekte betrifft, die das Leben von Kindern bzw. Jugendlichen betreffen – und nicht nur die, die sich aus ihrer Vulnerabilität oder ihrer Abhängigkeit von Erwachsenen ergeben. Was damit gemeint ist, ist auch hier Definitionssache… – denn wenn man es genau nimmt: Welche Entscheidungen, zumal politische Entscheidungen, wirken sich nicht auf Kinder und Jugendliche aus?

In der KRK und im General Comment zudem erläutert, wird (unter Ziff. 20) gesagt, dass die Meinung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu berücksichtigen seien, und zwar „angemessen und entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife". Dieser Zusatz, so wird weiter ausgeführt, solle nicht als Einschränkung verstanden werden, sondern als Verpflichtung, davon auszugehen sowie sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche die Fähigkeit und Möglichkeit haben, sich eine weitestgehend eigenständige Meinung zu bilden. Das heißt, dass nicht davon ausgegangen werden dürfe, dass ein Kind seine Sichtweisen nicht vertreten könne. Im Gegenteil sei davon auszugehen, dass die Fähigkeit haben, ihre eigenen Standpunkte zu vertreten und anzuerkennen, dass sie das Rechthaben, diese auszudrücken. Zudem liege es nicht am Kind, diese Fähigkeit unter Beweis zu stellen.

Wenn Beteiligung im Sinne politischer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen befördert werden soll, gilt es einige Punkte zu beachten, die in der KRK deutlich festgeschrieben sind: Dazu gehört, dass deren Beteiligung nicht willkürlich und gelegentlich stattfinden soll. Stattdessen soll sie der Startpunkt ist für einen intensiven Austausch zwischen Kindern und Erwachsenen für die Entwicklung von Politischen Programmen und Maßnahmen in allen für Kinderleben relevante Kontexte sein. Wichtig ist auch, dass nicht nur formalisierte Mitwirkung ermöglicht wird, denn diese schließt weniger Privilegierte (also Kinder und Jugendliche mit anderen Befähigungen oder Migrationshintergrund und auch sehr junge Kinder etc.) aus.

So gilt es, auch Willensbekundungen von (verschiedenen) Kindern lesen lernen, zuhören, ermutigen und ermächtigen (Liebel 2013, S.8). Diese erfährt man nur, wenn man nachfragt, wenn man genau zuhört, wenn man versucht, zu verstehen und sein Gegenüber nicht damit überfährt, was es zu wollen hat… – Zunächst heißt das, Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben, darüber hinaus dieser Stimme auch zuzuhören.
Die KRK unterstreicht, dass das Kind vom ersten Tag an Rechtsträger sei. Sie verweist auf Studien, die belegten, dass Kinder bereits im frühesten Lebensalter in der Lage seien, ihre Meinungen zu äußern, auch wenn dies (noch) nicht verbal möglich sei. Konsequenterweise müssten auch nicht-verbale Formen der Kommunikation wie Spiel, Körpersprache, Mimik, Zeichnungen, durch die junge Kinder Verständnis, Entscheidungen oder Wünsche artikulieren anerkannt und respektiert werden. Zudem gilt es, nicht nur Interessen einzelner zu berücksichtigen, sondern Kinder und Jugendliche als (in sich auch äußerst heterogene und diverse) relevante gesellschaftliche Gruppe zu betrachten und anzuhören, auch wenn es Schwierigkeiten in der Einschätzung bezüglich Alter und Reife gibt – dies insbesondere, wenn Kinder und Jugendliche als Kollektiv sprechen und ihre Meinung vorbringen. Darüber hinaus gilt es, nicht nur zu hören, sondern Kinder und Jugendliche mitgestalten zu lassen. Leider ist das eher selten der Fall „ Aus der bisher einzigen für Deutschland repräsentativen Untersuchung über den Stand der Kinderpartizipation (Schneider/Stange/Roth 2011) geht hervor, dass es nach wie vor „in allen Lebensbereichen offensichtlich mehr oder weniger große Kernbestände [gibt], die der Mitwirkung von Kindern entzogen werden" (zit. nach Liebel 2013, S. 6).

Erforderlich erscheint, dass ein grundsätzlich neues Machtverhältnis zwischen den Generationen etabliert werden kann. Dies drückt sich in beispielsweise einer Gesetzgebung aus, die Kindern und Jugendlichen weitreichendere Beteiligungsrechte sichert (z.B. Wahlrecht etc.). Die Institutionen der bestehenden Gesellschaft müssen sich nicht nur für bislang ausgegrenzte Gruppen öffnen. Es muss auch eine neue politische Kultur mit neuer politischer Sprache und neuen politischen Praxisformen herausbilden, die nicht länger ausschließend und diskriminierend wirkt.

Wenn Kindern und Jugendlichen als Rechtsträger politische Teilhabe eingeräumt wird, heißt das nicht, dass Erwachsene nichts mehr zu sagen haben – es geht nicht um ein tumbes „Kinder an die Macht". Erwachsene sind als Begleiter_innen wichtig und auch als Verhandlungspartner_innen. Aber dazu bedarf es Selbstreflexion und den Mut, die eigene Rolle in Frage zu stellen und

ggf. „Machtübernahme“ zulassen. In der Praxis ist es nicht immer leicht, dies konkret umzusetzen – ich kennen viele Beispiele von Verunsicherung. Aber es gilt, das Wagnis einzugehen, sich als Erwachsene_r zu hinterfragen, wie weit man bereit ist, die Zügel aus der Hand zu geben und Jugendlichen ihr Recht auf politische Teilhabe zu ermöglichen.

Fazit

Neue, veränderte, gerechtere soziale Ordnungen – und auch neue generationale Ordnungen entstehen durch neue Diskurse. Diese werden durch das Verabschieden von Rechten und Gesetzen geführt sowie durch deren Bekanntmachung, die öffentliche Diskussion darüber in Medien und durch die Bereitschaft, sie in Konzepte in soziale Handlungsfelder umzusetzen. Vor allem aber entsteht sozialer Wandel und auch eine neues, gerechteres Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen durch eine veränderte Praxis, also durchs Tun!

Als Wichtig bleibt festzuhalten: Kinder- und Jugendbeteiligung ist keine Gnade Erwachsener, die freundlicherweise ein bisschen Teilhabe gewähren, kein Geschenk der Mächtigen und Privilegierten an die – buchstäblich und übertragen – Kleinen und Armen, die dankbar ihre glänzenden Kinderaugen auf das Geschenk und die Schenker*innen richten. Kinder- und Jugendbeteiligung ist auch kein didaktischer Kunstgriff, um jungen Menschen auf einer abgesteckten Spielwiese Demokratie beizubringen. Kinder- und Jugendbeteiligung ist ein gutes Recht – und deren Umsetzung eine Frage von politischer und sozialer Gerechtigkeit. Die UN-KRK ist dafür ein guter Wegweiser, weil sie zentrale Parameter vorgibt, die es umzusetzen gilt und hinter die wir nicht zurückfallen sollten.

Ich hoffe und wünsche mir, dass Sie, liebe Zuhörende, heute hier darüber sprechen möchten, wie Mitbestimmung und Beteiligung umgesetzt und dabei wirkliche Veränderung bewirkt werden kann, und dass es Ihnen gelingt, offen zu sein für innovative und kreative Ideen, die zu sozialen Veränderungen beitragen – zugunsten einer gerechteren Verteilung von Macht und Einfluss zwischen den Generationen.

Viel Spaß dabei!

Literatur

Bühler-Niederberger, Doris, Hungerland, Beatrice, Bader, Arnd (1999) Minorität und moralische Instanz – der öffentliche

Entwurf von Kindern. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 19, S. 128-150.

Bühler-Niederberger, Doris (Hg.) (2005) Macht der Unschuld. Das Kind als Chiffre. Wiesbaden: VS Verlag.

Committee on the Rights of the Child (2009) General Comment No. 12: The right of the child to be heard. Geneva, 25 May-12 June 2009. [http://www2.ohchr.org/english/bodies/crc/docs/AdvanceVersions/CRC-C-GC-12.pdf]

Hungerland, Beatrice (2007) Die neuen Kindheitswissenschaften: in Liebel, M.: Wozu Kinderrechte? Grundlagen und Perspektiven. Weinheim: Juventa, Weinheim, S. 27-37.

Hungerland, Beatrice (2008) Was ist Kindheit? Fragen und Antworten der Soziologie. In: Hungerland, B. & Luber, E. (Hrsg.) Angewandte Kindheitswissenschaften. Eine Einführung für Studium und Praxis. Weinheim: Juventa, S. 71-89.

Hungerland, Beatrice & Kelle, Helga (2014) Kinder als Akteure – Agency und Kindheit. Einführung in den Themenschwerpunkt. Zeitschrift für Soziologie der Sozialisation und Erziehung (ZSE) Themenheft, 3/14.

Klundt, Michael (2007) Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polarisierte Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Wiesbaden: VS-Verlag.
Liebel, Manfred (2013) Kinder und Gerechtigkeit. Über Kinderrechte neu nachdenken. Weinheim & Basel: Beltz-Juventa.

Liebel, Manfred (2013) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – eine Frage politischer und sozialer Gerechtigkeit. In: TRENDS – ANALYSEN – PERSPEKTIVEN 1 Online-JugendStile 2013.

Abbildung

Abb. 1: Borkowski, Susanne (2015) Partizipation im Übergang – gemeinsam gestalten. Unter: KinderStärken e.V.: http://www.gesundheitbb.de/fileadmin/user_upload/MAIN-dateien/Netzwerk_Gesunde_Kita/15-10-11_Partizipation_im_UEbergang_-_gemeinsam_gestalten.ppt

Stimmen aus der Praxis, Teilnehmen – Beteiligen – Mitbestimmen

Tschingis Sülejmanov / Jugendliche ohne Grenzen

Jugendliche ohne Grenzen ist ein 2005 gegründeter bundesweiter Zusammenschluss von jugendlichen Geflüchteten. In der Arbeit des Netzwerkes steht der Grundsatz, dass Betroffene eine eigene Stimme haben an erster Stelle. Jugendliche ohne Grenzen engagiert sich gegen jegliche Form von Diskriminierung.

Mareike Lüdtke / Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Die Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EJBO) ist der selbstbestimmte, evangelische Jugendverband auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche in Berlin, Brandenburg und der schlesischen Oberlausitz. Er hat auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene demokratische Strukturen, in denen Jugendliche selbst darüber entscheiden, was in der EJBO passieren soll und was nicht.

Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg

Das Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg-Wilmersdorf, kurz KJP, ging im Schuljahr 2003/04 an den Start. Seither vertreten die Mitglieder des KJP die Interessen junger Menschen im Bezirk. Die Mitglieder des Kinder- und Jugendparlamentes vertreten ihre Schule bzw. ihren Jugendclub. Sie melden sich zu Wort, wenn es um kinder- und jugendpolitische Belange geht und gestalten das Zusammenleben im Bezirk aktiv mit.

Reflektionen
aus den vier Workshops

Gelingende Partizipation in der Schule – Herausforderungen und Handlungsbereiche
Bildungsstätte der Sportjugend Berlin und JBS Haus Kreisau

Teilhabe junger Geflüchteter
JBS Kaubstraße, ver.di JBS Konradshöhe und Helmut Gollwitzer-Haus, Bildungsstätte der Evangelischen Jugend

Gute Parti – schlechte Parti(zipation)
JBS Kurt Löwenstein

Jugendbeteiligung – ein Erfolgsrezept für mehr Mitsprachen
Stiftung wannseeFORUM und DGB-JBS Flecken-Zechlin

Workshop 1: Gelingende Partizipation in der Schule – Herausforderungen und Handlungsbereiche

Bildungsstätte der Sportjugend Berlin und JBS Haus Kreisau

Eine gewählte Schüler_innenvertretung (SV) gehört zur Organisationsstruktur von Schule. Doch in der praktischen Umsetzung des Partizipationsanspruchs gibt es nach wie vor sehr große Unterschiede. Können Schüler_innen aktiv am Gestaltungsprozess ihrer Schule teilhaben und Veränderungsprozesse mit bewirken? Welche Hürden und Erschwernisse existieren in der Praxis? Wie wirkt sich gute Partizipation aller Beteiligten nachhaltig auf das Schulklima aus und wird somit zum Gewinn für Schüler_innen und Lehrkräfte? Gibt es innovative und nachahmenswerte Konzepte?

Diese und weitere Fragen wurden in dem Workshop mit Schüler_innen sowie Lehrkräften und weiteren pädagogischen Fachkräften aus verschiedenen Berliner Schulen erörtert und diskutiert. Im Mittelpunkt standen die Vorstellung von Schüler_innenvertretungen sowie die Präsentation innovativer Projekte und weiterer Partizipationsformen.

Neben der klassischen Gremien-Arbeit der SV wurden insbesondere zusätzliche Partizipationsmöglichkeiten eines Gymnasiums aus Berlin-Steglitz vorgestellt, wie z.B. eine regelmäßige SV-Fahrt zu Beginn des Schuljahres, bei der neue SV-Verteter_innen Grundlagenkenntnisse erhalten und ein Kontaktaustausch untereinander ermöglicht wird sowie neue Projekte und deren Umsetzungsmöglichkeiten geplant werden. Die Fahrten werden i.d.R. durch zwei Lehrkräfte begleitet. Moderation und Organisation übernimmt die SV selbst. Bewährt hat sich an dieser Schule auch das Projekt „PEP – Party, Essen, Projekte“, welches für alle Schüler_innen außerhalb der SV gemeinsam mit der SV genutzt werden kann, um laufende Projekte zu besprechen.
Auch weitere Beteiligungsformen, wie z.B. ein Streitschlichter_innen-Projekt eines Gymnasiums aus Berlin-Neukölln wurden vorgestellt.

All diese Formen von Partizipation wirken sich sehr nachhaltig auf den Schulalltag aus und schaffen eine positive Schulatmosphäre. Als unverzichtbar wurde eine regelmäßige und ausreichende Information aller am Schulprozess Beteiligten dargestellt. Durch eigene Seiten der SV im Internetauftritt der Schule, WhatsApp-Gruppen, zentrale Informationskästen und andere Informationssysteme können alle Schüler_innen regelmäßig aktiv am Schulgeschehen beteiligt werden.

Als innovative Beteiligungsformen wurden die Projekte „Assembly“ einer Integrierten Sekundarschule aus Berlin-Kreuzberg sowie „Schülerhaushalt“ und „Starke Schüler_innen – starke Schule“ einer Gemeinschaftsschule aus Berlin-Moabit vorgestellt. Assembly ist eine Versammlung der gesamten Schülerschaft, aller Lehrer_innen und Mitarbeiter_innen der Schule, welche alle zwei Wochen stattfindet und einen Informations- und Diskussionsaustausch für alle Beteiligten bietet. Im zweiwöchigen Rhythmus gibt es darüber hinaus an dieser Schule einen Klassenrat und eine SV-Sitzung. Die SV trifft sich zudem einmal pro Woche zum Gespräch mit der Schulleitung. All diese Aktionsformen bieten wichtige Partizipationsmöglichkeiten am Schulgeschehen.

Das Projekt „Schülerhaushalt“ ermöglicht an ausgewählten Schulen im Bezirk Berlin-Mitte Schüler_innen die selbstbestimmte Entscheidung über den Einsatz eine Budgets von 4.000 Euro. Das Projekt „Starke Schüler_innen – starke Schule“ wird durch das Quartiersmanagement Berlin-Moabit unterstützt. Durch beide Projekte konnten an der Schule durch Schüler_innen initiierte Verbesserungen im Schulgebäude (Mensa) und am Schulhof realisiert werden.

Im weiteren Verlauf des Workshops wurden die Hürden und Schwierigkeiten der praktischen SV-Arbeit diskutiert. Obwohl

die Schüler_innen-Vertretung gesetzlich verankert ist, existiert diese nicht an allen Schulen. Auch im Bezirksschülerausschuss sind nicht alle Schulen vertreten und vernetzt. Die häufige Fluktuation verhindert eine nachhaltige Wirkung. Als Problem wird u.a. die wellenförmige und nicht kontinuierliche Motivation von Schüler_innen für die SV-Arbeit genannt sowie die zu geringen Zeitkapazitäten für eine aktive Mitarbeit. Oftmals gibt es für die Schüler_innen und die unterstützenden Lehrkräfte keinen ausreichenden Zeitausgleich für die SV-Arbeit. Finanzielle Hindernisgründe oder bürokratische Entscheidungshemmnisse sowie das Fehlen von Gestaltungsfreiräumen führen zu langen Laufzeiten von Projekten und erschweren deren Umsetzung. Als kritisch werden die meist zu geringen finanziellen Mittel sowie die fehlende Möglichkeit der Selbstverwaltung des Etats gesehen. Auch ein unzureichender Informationsfluss an der Schule (Fehlen einer schnellen und kontinuierlichen Informationsvermittlung zwischen Schulleitung, SV, Lehrkräften und Schülerschaft) erschwert die Arbeit.

Am Schluss des Workshops wurden neue Ideen und Forderungen gesammelt. Einigkeit herrschte darüber, dass neue Beteiligungsstrukturen, wie z.B. Zukunftswerkstatt ausprobiert werden sollten. Es sollte Demokratie-Unterricht für alle Schüler_innen geben. Vielleicht wäre das Assembly-Projekt auch etwas für andere Schulen, falls es sich bei einer größeren Schüler_innen-Anzahl organisatorisch und räumlich umsetzen lässt. Lehrer_innen und Schüler_innen müssen sich auf Augenhöhe begegnen können – diese Haltung müsste dringend bereits bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften vermittelt werden. Ein eigener Schülerhaushalt sollte vorhanden sein, damit Schüler_innen selbständig und unbürokratisch Ideen und Projekte umsetzen können. Die SV-Fahrt sollte in der Schulordnung festgeschrieben sein und für die Begleitung der SV-Arbeit an der Schule sollte den zuständigen Lehrkräften/Mitarbeiter_innen ein Zeitausgleich ermöglicht werden. Nur wenn es eine professionelle Begleitung für die Schüler_innen und eine Unterstützung durch alle am Schulprozess Beteiligten gibt (insbesondere durch die Schulleitung, aber auch durch alle Lehrkräfte und weiteres Schulpersonal sowie Eltern- und SV-Vertretungen) können Partizipationsprojekte gemeinsam erfolgreich realisiert werden.

Workshop 2: Teilhabe junger Geflüchteter

JBS Kaubstraße, ver.di JBS Konradshöhe und Helmut Gollwitzer-Haus,
Bildungsstätte der Evangelischen Jugend

Fragestellung und Vorbereitung

Welche Möglichkeiten haben junge Menschen, die nach Berlin geflüchtet sind, gesellschaftliche Prozesse aktiv mitzugestalten?

Welche Strukturen bieten die Jugendbildungsstätten an und welche strukturellen und ideellen Barrieren gibt es in der außerschulischen Jugendbildung?

Diesen Fragen wollten wir, die Jugendbildungstätte Kaubstraße, die ver.di Jugendbildungstätte Konradshöhe und das Helmut-Gollwitzer-Haus, Bildungsstätte der Evangelischen Jugend, uns im Rahmen unseres Workshops stellen.
Bei der ersten Vorbereitungssitzung war uns schnell klar, dass ein ernsthaftes Interesse an der Teilhabe junger Geflüchteter die Planung des Workshops unter aktiver Beteiligung junger Geflüchteter voraussetzt. So brachen wir die Vorbereitungen ab und fragten in unseren Teams Menschen mit Fluchthintergrund, ob sie Interesse am Thema und der Gestaltung des Workshops hätten. Tschingis Sülejmanov, der bereits verschiedene Seminare in der Kaubstraße geleitet hatte, sowie Wael Bshr und Huthaifa Khalaili, die eine Begegnung zwischen geflüchteten und nicht-geflüchteten Jugendlichen im Helmut-Gollwitzer-Haus mitgeteamt hatten, gestalteten und leiteten schließlich den Workshop.

Workshop

Vor Eintritt in den Seminarraum bekamen die Teilnehmenden Pässe und wurden je nach Nationalität im Seminarraum „Ungarn" entweder herzlich willkommen geheißen oder mussten Geld und Bürgschaft besorgen, um die Einreiseerlaubnis zu erhalten.

Die Übung diente gleich zu Beginn der Sensibilisierung für das Thema. Sie machte aufmerksam auf Privilegien und löste bei den Teilnehmenden unterschiedliche Reaktionen aus. Nach dieser nur kurz angespielten Simulation, sowie einer kurzen Vorstellungsrunde, ging es mit der Methode „lebendige Bibliothek" weiter. In der Einheit boten sich die drei Leitenden als Gesprächspartner für Kleingruppen an. Die Übung sollte den Teilnehmenden dazu dienen, in zwei Runden Fragen zu stellen, die ihnen in der großen Runde eventuell unangenehm oder unpassend vorkommen.

Hier sind einige Eindrücke:

„In meiner Klasse waren am Anfang nur Flüchtlinge, da konnte man nicht gut Deutsch lernen."

„Ich würde gerne mehr mit Jugendlichen aus Deutschland zu tun haben."

„Es brennt für mich am meisten, erst einmal Demokratie zu lernen."

„Ich habe an zwei Schulen gleichzeitig Deutsch gelernt, damit ich keine Zeit verliere."

„In Deutschland muss man immer versuchen, etwas zu schaffen."

„Integration braucht Unterstützung, nicht nur von Betreuern, sondern von Deutschen"

„Mit Diskriminierung in Deutschland muss man leben, dachte ich ..."

„Ich engagiere mich bei »Jugendliche ohne Grenzen«,

um für Menschenrechte zu kämpfen.“

„Europa verfolgt hauptsächlich Profit – nicht Menschenrechte.“

„Ich will mit rassistischen Menschen diskutieren, um ihr Gehirn zu verändern.“

„Als Geflüchteter bin ich Experte für die Situation von Geflüchteten.“

Auf diesen Einstieg folgte eine Stand-up-Comedy Darbietung, bei der es um einen Umkehr-Blick von außen auf unsere Gesellschaft ging, also von Geflüchteten auf die deutsche Gesellschaft und nicht wie normalerweise andersherum. Wael und Huthaifa skizzierten dabei Momente aus ihrem Alltag in Deutschland, die ihnen auffallen und sie verwundern. Dazu zählen beispielsweise entrückte Blicke beim U-Bahnfahren, in der Schule auf Arabisch begrüßt zu werden und keine von ihnen als „deutsch“ wahrgenommenen Schüler_innen vorzufinden, aber auch der Umgang mit Zeit und das Erleben von Stress.

Der Workshop schloss mit einer kontroversen Diskussion zum Thema Beteiligung, die sich besonders um die beiden Begriffe Beteiligung und Integration drehte: Ist „Integration“ nötig, um sich beteiligen zu können (besonders über Sprache und Kenntnis der sozialen und politischen Systeme, aber auch durch eine Unterstützung beim Ankommen durch Kontakte zur deutschen Mehrheitsgesellschaft), ist Integration also Beteiligung? Oder sind Beteiligung und Integration unvereinbar, da dem einen Konzept eine Freiwilligkeit, Augenhöhe und Gestaltungsmöglichkeit zugrunde liegt, dem anderen ein Anpassen an bereits Bestehendes und damit auch eine inhärente Hierarchie? Einig waren sich alle, dass Beteiligung junger Geflüchteter Kontakt und Austausch auf Augenhöhe erfordert und mit Entscheidungsmacht verbunden ist.

Perspektiven und Herausforderungen

Was heißt dies nun für eine gelingende und einladende außerschulische Bildung? Es heißt vor allem, unsere Haltung zu ändern. Es heißt, unsere Bildungsarbeit in diesem Kontext auf Augenhöhe zu denken, eine gleichberechtigte Gegenseitigkeit herzustellen und vom „Helferblick“, der nicht immer, aber häufig, einseitig, also nicht auf Augenhöhe ist, abzukommen. Es bedeutet, junge Menschen mit Fluchterfahrung in unseren Teams zu haben, ihnen die Entscheidungsmacht über Themen und Gestaltung zu geben. Es heißt, Räume für Kontakt und Austausch zwischen geflüchteten und nicht-geflüchteten Menschen herzustellen. Es bedeutet auch, sich verschiedenen Herausforderungen (organisatorischer, finanzieller, methodischer Art) zu stellen, für die wir in diesem Kontext noch nicht genügend Antworten haben: den Umgang mit Mehrsprachigkeit, die Wahrung der Geschlechtergerechtigkeit im Sinne des Erreichens von Mädchen und Frauen, die Erweiterung unserer Teams und damit verbunden die entsprechende Qualifikation von Teamenden in beidseitigem Sinne.

Workshop 3: Gute Parti – Schlechte Parti(zipation)

(JBS Kurt Löwenstein)

Im Workshop der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein standen folgende Fragen im Mittelpunkt:

Wann und warum beteiligen sich junge Menschen an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen? Ist der Bildungshintergrund verantwortlich, sind es die Zugänge zu Entscheidungsräumen oder reicht es, wenn junge Menschen „für ein Thema brennen“?

In Bildungsurlaubsseminaren der Jugendbildungsstätte werden diese Fragen thematisiert. Diese Auseinandersetzung findet in der Regel vor dem Hintergrund statt, dass die teilnehmenden Fachschüler_innen im Erziehungsbereich in ihrem zukünftigen beruflichen Leben Andere zur Teilhabe anregen sollen.

Im Workshop waren Lehrer_innen und Schüler_innen aus Fachschulen für Sozialwesen zu Gast, die bereits als Seminarteilnehmer_innen in unserer Bildungsstätte waren. Ein wichtiger didaktischer Zugang der außerschulischen Bildungsarbeit ist der Ansatz der Produktorientierung. Damit wollen wir an den Erfahrungen der Teilnehmenden ansetzen und sie dadurch unterstützen, ihre Erfahrungen zu reflektieren. In Seminaren mit Fachschüler_innen im Erziehungsbereich entstanden Filme, die sich mit der Frage beschäftigen, wie Meinungen im Kopf entstehen. In einem partizipativen Prozess wurden gesellschaftliche Themen für die Filme ausgewählt, die für die Teilnehmenden für die eigene Wertebildung wichtig sind. Im Workshop wurden den Teilnehmenden zwei Filme vorgestellt, einer behandelte das Thema „Islamfeindlichkeit“, der andere war zum Thema „Partner_innenwahl“. (Im Film Partner_innenwahl wurde das Thema Vorurteile

mit der Frage verknüpft, ob Menschen eine_n Partner_in wählen würden, die/der nicht die gleiche Nationalität, Herkunft und oder Religion hat.)

Im Anschluss wurden die grundlegenden Fragestellungen mit einer ehemaligen Teilnehmerin und dem Publikum diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, welche gesellschaftlichen Themen bei der Zielgruppe wichtig sind und wie junge Erwachsene Zugänge für gesellschaftliche Themen finden. Hier wurde deutlich, dass z.B. das Thema Vorurteile sehr wichtig für die eigene zukünftige Arbeit im Erziehungsbereich sein wird.

In einem anschließenden Worldcafé diskutierten die Anwesenden welche Hinderungsgründe ausschlaggebend sein können, dass sich junge Erwachsene nicht an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen beteiligen und welche Rolle sowohl schulische und außerschulische (politische) Bildung spielen könnte, junge Menschen dazu anzuregen, sich an politischen Aushandlungsprozessen zu beteiligen.

Als Hinderungsgründe für wenig Engagement wurden vor allem

- fehlende oder intransparente Entscheidungsbefugnisse benannt, hier vor allem fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen und
- keine Übertragung von Verantwortungsübernahmemöglichkeiten.

Allerdings wurde auch die

- fehlende gesellschaftliche Anerkennung als Hinderungsgrund für Beteiligung benannt.

Dabei wurde deutlich, dass vielen Jugendlichen

- Informationen über Partizipationsorte und -möglichkeiten fehlen.

Darüber hinaus wurde angemerkt, dass auch mehr (mediale) Vorbilder gut wären, die Jugendlichen als Anstoß für Engagement dienen sollten. Außerdem dauert

- Jugendlichen auch oft der Diskussionsprozess und vor allem der Umsetzungsprozess zu lange, hier gilt es anzusetzen.

Für die (außer-)schulische Bildung stand die Selbstwirksamkeitserfahrung im Zentrum der Diskussion. Die Frage ob Jugendliche gesellschaftlich aktiv werden mit und ohne direktem Problemdruck (z.B. der Jugendclub geschlossen werden soll), bzw. im weiteren Leben weiterhin gesellschaftlich aktiv bleiben, hängt mit einer positiven Erfahrung der Verantwortungsübernahme zusammen. Dabei ist es essenziell, Spielräumen für Entscheidungen zu schaffen, die dann auch wirklich umgesetzt werden können.

Als Fazit wurde festgehalten, dass Peermodelle besonders attraktiv sind, um junge Menschen für gesellschaftliche Partizipationsmodelle zu begeistern und wenn diese an den konkreten Lebenswelten der jungen Menschen ansetzen.

Workshop 4: Jugendbeteiligung, ein Erfolgsrezept für mehr Mitsprache?

Stiftung wannseeFORUM und DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Jugendbeteiligungsformate werden in Ländern, Städten und Gemeinden immer mehr fester Bestandteil des politischen Alltags. Mancherorts, wie in Berlin, besteht seit Jahren diese Möglichkeit der Teilhabe, die von Jugendlichen unterschiedlich angenommen wird. Dank einiger Vertreter_innen vom Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg Wilmersdorf konnten in unserer Gruppe drei Formate behandelt werden: Das letztgenannte, die Demokratiewerkstatt Wittstock und das Berliner jugendFORUM. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob diese Jugendbeteiligungsprojekte Indiz für eine aktive Mitbestimmung sein können.
Zum Einstieg stellten alle Teilnehmenden vor, wann sie zum ersten Mal aktiv partizipierten. Es kam zu sehr unterschiedlichen Nennungen, welche die verschiedenen biographischen Hintergründe der Teilnehmenden des Workshops widerspiegelten. Dies wirkte sich sehr positiv auf die Breite der zur Diskussion beigetragenen Meinungen aus. Daran schloss die Vorstellung der Formate an, die uns als Beispiele dienten, mit Ausnahme des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf, welches bereits am Vormittag vorgestellt wurde.

Die Demokratiewerkstatt Wittstock ist ein Projekt das 2013 im Zuge einer landesweiten Kampagne im Land Brandenburg im Zuge der Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahren gegründet wurde. Von Anfang an gab es drei wichtige Bausteine:

1. Die Jugendlichen sollen selbst Ideen und Vorschläge an die Politik unterbreiten.
2. Zu den jeweiligen Demokratiewerkstätten werden stets Personen aus Politik- und Verwaltung, meist aus der Stadt Wittstock, aber auch aus dem Kreis Ostprignitz-Ruppin oder dem Land Brandenburg eingeladen, die sich mit den erarbeiteten Vorschlägen auseinandersetzen.
3. Dass die Teilnehmenden mithilfe starker medialer Begleitung (Werkstatt wird „verfilmt“) den Umgang mit Medien erlernen und selbstbewusst ihre Ideen vorbringen.

Mittlerweile ist die Demokratiewerkstatt Wittstock zu einer Institution geworden, die dazu beiträgt, dass sich Jugendliche aktiv an der Kommunalpolitik beteiligen können. Dabei werden viele ihrer Ideen von der Stadtpolitik und -verwaltung umgesetzt. Im Laufe der Jahre haben zudem die Kinder- und Jugendlichen zunehmend selbst die Verantwortung übernommen, so leiten sie sich inzwischen selbst an, moderieren die Präsentationen selbst und initiieren den Großteil der Projekte. Die beteiligten Koordinatoren sind mittlerweile mehr ihre Unterstützung im Hintergrund geworden.

Den direkten Dialog zwischen Jugend und Politik zu initiieren und fördern ist das Hauptanliegen des Berliner jugendFORUMs, das seit 2001 vom wannswM organisiert wird. Als Plattform für

jugendliches Engagement öffnet es den Raum für den direkten Diskurs zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträger_innen der Bezirke, des Landes, des Bundes und der EU. Die Themen setzen die Jugendlichen selbst. Sie äußern ihre politischen Vorstellungen mit künstlerischen und kulturellen Mitteln, teilen ihre Fähigkeiten und ihr Wissen mit anderen jungen Menschen in Workshops und Diskussionsrunden und beweisen damit, wie zentral Jugendbeteiligung für eine parlamentarischen Demokratie und eine demokratischen Zivilgesellschaft ist.

Nach dem die Vorstellung der Projekte abgeschlossen war, wurde auf die Zielgruppen und deren Ansprache fokussiert. Angelehnt an die Redebeiträge der Teilnehmenden des Workshops, ließen sich verschiedene Eckpunkte ausmachen, die für eine breitere Teilnahme an den Partizipationsprojekten wichtig sind. Dabei ging es um die Fragen – wer beteiligt sich – wie? Wie können andere Jugendliche gewonnen werden und vor allem: Wie lassen sich tragfähige Strukturen aufbauen? Allen Teilnehmenden war es wichtig, zu betonen, die Jugendlichen selbst organisieren zu lassen und nicht enttäuscht zu sein, sollte ein Projekt irgendwann nicht mehr weiter gehen. Außerdem wurde über Mankos in den Institutionen geredet, wie teils schwierige Finanzierungsstrukturen. Ein Problem hierbei stellt die „Projektförderung“ dar, die immer verstärkt nur Anschubfinanzierungen für ein paar Jahre gewährleistet und wenig langfristige Perspektiven abdecken kann. Auch wurde gewünscht, Schulen und Lehrer_innen als Kooperationspartner zu gewinnen und nicht gegen sie handeln zu müssen (dies betraf vor allem die Schulleitungen).
Anschließend wandten wir uns der Frage nach den Folgewirkungen der Projekte in Bezug auf die Mitbestimmung zu. Hier berichteten die Jugendlichen vom Kinder- und Jugendparlament Charlottenburg Wilmersdorf, wie sie vorgehen um Ideen zu sammeln, diese vorbringen, durchsetzten und letzten Endes umsetzen. Um Erfolg zu haben ist die Kenntnis des politischen System von Land und Bezirk beziehungsweise Kreis notwendig. Sich darin einzuarbeiten setzt ein großes Maß an Interesse voraus, denn die Amtswege sind nicht leicht zu verstehen. Eine weitere Schwierigkeit bei der Durch- und Umsetzung der Interessen der Jugendlichen ist die Kontinuität der Arbeit. Aktive Jugendliche sind wenn sie die Schule verlassen auch oft nicht mehr in den lokalen Beteiligungsstrukturen aktiv. Es stellte sich im Laufe der

Diskussion heraus, dass Jugendbeteiligung für die begleitenden Träger heißt, immer wieder von vorne mit neuen Jugendlichen zu beginnen und dabei darauf zu achten, dass der Verlust an Know-how nicht allzu groß ist.

Abschließend clusterten wir die gesammelten Stichworte anhand der Methode „Stumme Diskussion“. Am positiven Ende der Achse fanden sich die Punkte, die für ein ideales Mitbestimmungsprojekt unerlässlich sind. Zum Beispiel: Plattformen zu bieten, eine Verstetigung und Kontinuität der Formate von Jugendbeteiligung und das Projekte von unten nach oben realisiert sein sollten, nicht umgekehrt. Vor allem wurde hier wertgelegt auf eine breite Beteiligung von Schule, Schülerinnen_vertretungen, Schulsozialarbeiter_innen, FSJler_innen und auch freiberuflichen Trainer_innen. Darüber hinaus ist eine breite Bekanntmachung für eine gute Verankerung notwendig. Unerlässlich ist aber auch ein politisches Interesse von kommunalen und städtischen Abgeordneten und Verwaltungsangestellten.
Am negativen Achsenende ließen sich nun die Punkte ablesen, die Jugendbeteiligung be- bzw. verhindern. Hier fanden sich u.a. Vorgaben von außen, einen strikt vorgegebener Rahmen und auch blockierende Schulleitungen. Zudem muss auch die Zeit auf allen Seiten vorhanden sein um sich engagieren zu können.

Abschließender Input
„Jugendbeteiligung braucht schulische politische Bildung“

Prof. Dr. Sabine Achour, Institut für Politikwissenschaft (Otto-Suhr-Institut) der FU Berlin

„Wir dürfen nicht zulassen, dass sich ganze Stadtteile von der politischen Teilhabe abkoppeln. Wenn Politik am Küchentisch kein Thema mehr ist, muss politische Sozialisation mehr als zuvor in der Schule stattfinden.“ (Bertelsmann Stiftung 2013)

Das Zitat der Bertelsmann Stiftung vor den Bundestagswahlen 2013 bezieht sich auf verschiedene aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung wie die sichtbare soziale Ungleichheit politischer Teilhabe und die sinkende Wahlbeteiligung, v.a. bei sozio-ökonomisch benachteiligten Menschen (Schäfer, Schön 2013). Diese Diskrepanz entlang der sozio-ökonomischen Milieus fällt bei „anspruchsvolleren“ Formen von Partizipation noch deutlicher ins Auge, bei politischen Diskussionen, Initiativen oder Demonstrationen (Schäfer 2015).

Überraschend sind diese Erkenntnisse im „Land der Bildungsbenachteiligung“ nicht. Schließlich stehen hinter solchen Partizipationsformen Fähigkeiten wie politisches Wissen, sozialwissenschaftliches Analysieren, Urteilen und Handeln sowie sprachliche und rhetorische Fertigkeiten. Sie machen das kulturelle Kapital (Bourdieu) hinsichtlich politischer Teilhabe aus. Bei der beschriebenen Asymmetrie der Nicht-Teilhabe entlang sozialer Ungleichheit stellt sich langfristig aus demokratietheoretischer Perspektive die Frage nach der Legitimität von Wahlen und Volkssouveränität. Wenn bestimmte Milieus sich komplett aus der Mitbestimmung ziehen, droht die Gefahr, dass etablierte Politik hier kaum noch systemisch herausgefordert ist, Angebote für alle – unabhängig von Bildung und ökonomischen Status – zu machen. Die Repräsentation aller als Basis von Demokratie ist somit nicht mehr gewährleistet.

Als Ursachen für diese Entwicklung gilt der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheit. In der (unteren) Mittelschicht verbreitet sich vermehrt das Gefühl,

sogenannter „Modernisierungsverlierer“ zu sein. Dabei handelt es sich seltener um die Menschen, die tatsächlich „abgehängt“ sind, sondern häufig um diejenigen, die Sorge haben, abgehängt werden zu können – ob nun gerechtfertigt oder nicht. Mit solchen „diffusen Ängsten“ wird auch das wachsende Phänomen des Rechtspopulismus erklärt. Weder Faktenchecks noch Analysen oder politische Debatten scheinen einfache und ideologisch verfestigte Erklärungsmuster durchdringen zu können. Für politische Bildung i.S. des Erwerbs solcher grundlegenden Fähigkeiten scheint es zu spät zu sein.

Vor diesem Hintergrund lässt sich sagen: (Jugend)Beteiligung benötigt schulische politische Bildung.

Als gelungen empfundene Partizipation und entsprechende Selbstwirksamkeitsgefühle benötigen Fähigkeiten, zu deren Förderung schulische politische Bildung beitragen kann. Sie ist so etwas wie ein Basisangebot, eine Grundausstattung, auf dem die außerschulische politische Bildung aufbauen kann. Interessanter und professioneller Politikunterricht kann Lust auf Partizipation machen und Fragen anstoßen: „Wie geht´s“, „Was muss ich können“ und „Wofür will ich mich einsetzen?“.

Die schulische politische Bildung versucht daher nachhaltig (über Schuljahre hinweg) und breit (für alle), so genanntes Orientierungswissen zu schaffen, z.B.: Was ist die Funktion von Wahlen oder Bürgerbeteiligung in Demokratien. Die Schüler_innen analysieren politische Probleme, Konflikte und Entscheidungen und erfahren, dass Politik immer komplex ist, nicht schwarz-weiß. Sie werden herausgefordert, sich politisch zu positionieren und ihr Urteil nachvollziehbar für andere zu begründen. Sie übernehmen andere Perspektiven und überprüfen ihre Standortgebundenheit. Schließlich versuchen sie sich darin, politisch zu handeln, z.B. im Sinne von Jürgen Habermas als kommunikatives Handeln, in Form von Diskussionen über Politik im sozialen Umfeld. Politisch Handeln findet aber auch konkret partizipativ in der Schule als Institution statt. Wahlen sind hier die Basisform, politisches Engagement in schulischen Gruppen, sozialen Netzwerken und Diskussionen sind weitere.

Joachim Detjen unterteilt politisches Handeln in Argumentieren, Artikulieren, Verhandeln und Entscheiden (Detjen et al. 2012, S. 65–66).

Wie komplex und politisch solche Formen politischen Handelns eigentlich sind, zeigt die Definition von „Argumentieren“ als Fähigkeit, Fakten, Werte und damit verbundene Situationen und Handlungsoptionen auf Belege gegründet abzuwägen, dabei kritisches Denken, Rationalität und Emotionalität anzuwenden und die verschiedenen Positionen betroffener Personen zu antizipieren (Perspektivenwechsel) und all dies sprachlich zu äußern (Mittelsten-Scheid 2009).

Prinzipiell kommen hier die verschiedenen Kompetenzen zum Tragen, die schulische politische Bildung zu fördern sucht: Wissen, Analyse, Urteil und Sprachkompetenz.

Ein Blick zurück zum Phänomen Rechtspopulismus zeigt, inwiefern demokratische Teilhabe eben auch davon abhängig ist. So schwärmen die „Anhänger von Trump für die Gabe, mit einer schnörkellosen Sprache so zu reden, dass Normalbürger ihn verstehen.“ (Tagesspiegel 13.11.2016, S. 4). Die politische Bildung hat lange die Bedeutung von Sprache für Urteils- und Handlungsprozesse unterschätzt. Kontroversität (Beutelsbacher Konsens) ist nur möglich, wenn „Schwarz-Weiß“-Muster dekonstruiert werden, wenn der Weg von der Alltagssprache zur Bildungssprache oder auch Fachsprache, in der oft das Politische verhandelt wird, ermöglicht wird.

Sprachbarrieren können auch politische Teilhabebarrieren sein. Rechtspopulistische Angebote für Jugendbeteiligung (AfD, PEGIDA, aber auch der Salafismus) brechen diese Barrieren auf. Sie sprechen in der Sprache, die Jugendliche verstehen, und haben leichte Erklärungen parat. Sie kennen die „wahren Schuldigen“, die „Eliten“, die „dem Volk“ diametral gegenüberstünden. Ebenso verhält es sich mit der “unverfälschten Urteilskraft des Volkes“, für die gesellschaftliche Rationalität unnötig sei, die durch politische Komplexität, Kontroversität und Perspektivenvielfalt nur belastet. Politikwissenschaftlich gesehen handelt es sich um einen unterkomplexen Politikbegriff, welcher die Anforderungen von Demokratie und Pluralismus nicht erfüllt.

Diese existieren aber nur mit der Mündigkeit und Emanzipation des Individuums, welche sich anhand von Analyse, Urteils- und Handlungsfähigkeit operationalisieren lassen.

Die Chance schulischer politischer Bildung liegt in den folgenden Punkten:

- Vermittlung des kulturellen Kapitals hinsichtlich der Fähigkeiten zur politischen Teilhabe
- Sensibilisieren (von Lehrkräften und Lernenden) für Interessen von Kindern und Jugendlichen:

Was ist politisch? Wann will ich aktiv werden?

- Vermittlung von Wissen über Beteiligungsangebote, (Probe-) Handeln initiieren.
- Feedback und Motivation geben hinsichtlich der Beteiligungsfähigkeiten und –potentiale: Selbstwirksamkeit und Empowerment
- Erfahrungen ermöglichen: politisches Handeln ist bedeutsam und wird gehört.
- Zusammenspiel von schulischer politischer Bildung und demokratischer Schule
- Kooperation von schulischer und außerschulischer politischer Bildung.

Dabei kann all dies nur wirken, wenn in und außerhalb von Schule genügend Raum für politische Bildung und Partizipation existiert.

Literatur:

Mittelsten-Scheid, Nicola (2009). Argumentation aus metakognitiver Perspektive – Leitlinien für Maßnahmen zur Professionsentwicklung naturwissenschaftlicher Lehrkräfte. Zeitschrift für Didaktik der Naturwissenschaften, 15, 173–193.

Detjen, Joachim; Massing, Peter; Richter, Dagmar & Weißeno, Georg (2012). Politikkompetenz – ein Modell. Wiesbaden: Springer. Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt a.M

Schäfer, Armin, Schön, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan, 41 (1), 94-120.

Vehrkamp, R. et al. (2013): Gespaltene Demokratie. Demokratiezufriedenheit und Partizipation vor der Bundestagswahl 2013. Bertelsmann Stiftung (Hg.), Gütersloh.

Beteiligte

Der Fachtag wurde veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft Berliner Jugendbildungsstätten (ABJ)

Bildungsstätte der Sportjugend Berlin
www.sportjugend-berlin.de

DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
www.dgbjugendbildungsstaette.de

ver.di Jugendbildungsstätte Berlin-Konradshöhe
www.verdi-bildungsstaette.de

Jugendbildungsstätte Helmut-Gollwitzer-Haus
http://akd-ekbo.de/jugendarbeit/wuensdorf/

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein
www.kurt-loewenstein.de

Stiftung wannseeFORUM
www.wannseeforum.de

Jugendbildungsstätte Haus Kreisau
www.hauskreisau.de

Jugendbildungsstätte Kaubstraße
www.kaubstrasse.de

Und dem Landesjugendring Berlin e.V.

In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Impressum

Herausgeber:

Landesjugendring e.V.
Obentrautstr. 57
10963 Berlin

030 81886100

info@ljrberlin.de
www.ljrberlin.de
/landesjugendring.berlin

Verantwortlich:

Tilmann Weickmann

Redaktion:

Benedikt Hotz

Layout:

Janina Trhal, www.janina-trhal.de